

## „Willy hat das auch gesagt“

### Die Meinung einer sozialdemokratischen Transatlantikerin

Die Zahl, die meine außenpolitische Position unter den Anhängern der Sozialdemokratie skizziert, lautet 2,9%. Gerade einmal 2,9% der Anhänger der SPD wünschen sich, so ergab es eine Umfrage der Atlantik-Brücke Ende 2018, eine erneute Annäherung zwischen Amerika und Deutschland<sup>1</sup>. Als bekennende Transatlantikerin stehe ich also in einem recht überschaubaren Kreis von Genossen.

Ein Blick über den Tellerrand der eigenen Partei hinaus gestaltet sich ähnlich: Nur 13,1% der Deutschen wünschen sich wieder eine größere Nähe. 26% der Befragten sind der Auffassung, der deutsche Kurs müsse beibehalten werden und 57,6% plädieren für eine stärkere Distanzierung der BRD zur USA<sup>2</sup>. Und 84,6% der Befragten bewerten das Verhältnis zu den Staaten als „sehr negativ“ oder „negativ“<sup>3</sup>. Transatlantische Meinungen sind in die Jahre gekommen. „Spiegel Online“ unkt gar vom „Ende der Transatlantiker“<sup>4</sup>. Wenn auch anzumerken ist, dass es ein einseitiges Schlussmachen zu sein scheint. Die Amerikaner werten die Beziehungen zu Deutschland jedenfalls anders: Für 70% ist das Verhältnis eher „gut“ bis „sehr gut“, wie das Pew Research Center als Partner der Körber-Stiftung herausgefunden hat<sup>5</sup>.

Und ja, Umfragen sind Momentaufnahmen von Gefühlen der Befragten. Aber das tröstet wenig, wenn man sieht, dass die Beziehung zwischen den Ländern nicht erst abgekühlt ist, seit ein Donald Trump polternd, hetzend und in der Aufmachung einer Karikatur im Weißen Haus sitzt. Sicher ist er der Präsident, der personell einen Höhepunkt der Distanzierung verkörpert. Aber auch mit seinen Vorgänger taten die Deutschen sich schwer. Die Dämonisierung (und Verlachung) von George Bush jr. kannte Anfang der 2000er Jahre kaum Grenzen. Von der weltpolitischen „partnership in leadership“<sup>6</sup> -Definition des deutsch-amerikanischen Verhältnisses seines Vaters, der mit Reagan übrigens einst die Wiedervereinigung möglich gemacht hatte, konnte keine Rede mehr sein. Die Folgen des 11. Septembers und der Irakkrieg brachten ab 2001 einen deutlichen Bruch der Beziehungen. Und auch unter Barack Obama, der im direkten Vergleich mit Amtsvorgänger und –nachfolger strahlender erscheint, erhielt

---

<sup>1</sup> Den Artikel zur Umfrage mit Download zu den detaillierten Ergebnissen gibt es auf der Homepage der Atlantik-Brücke unter: [www.atlantik-bruecke.org/vertrauen-in-der-krise/](http://www.atlantik-bruecke.org/vertrauen-in-der-krise/). Die repräsentative Studie wurde gemeinsam mit dem Meinungsforschungsinstitut Civey durchgeführt. 5000 Teilnehmer wurden hierzu im November und Dezember des Jahres 2018 befragt. Die Ergebnisse nach Parteipräferenz finden sich in der Veröffentlichung: Atlantik-Brücke (Hrsg.): Umfrage. Vertrauen in der Krise. Landkarten geopolitischer Chancen und Risiken. Berlin 2019, S. 8.

<sup>2</sup> Atlantik-Brücke, Umfrage, ebd.

<sup>3</sup> Atlantik-Brücke, Umfrage, S. 7. Auch eine Umfrage „Einmischen oder zurückhalten“ der Körber-Stiftung war im Winter 2018 in dieser Frage ähnlich deutlich: 73% der Befragten bewerteten das Verhältnis zwischen den beiden Ländern als „schlecht“ oder „sehr schlecht“: [www.koerber-stiftung.de/presse-meldungen-fotos-journalistenservice/archiv/eiszeit-im-transatlantischen-verhaeltnis-drei-viertel-der-deutschen-bewerten-beziehungen-zu-den-usa-als-schlecht-1509](http://www.koerber-stiftung.de/presse-meldungen-fotos-journalistenservice/archiv/eiszeit-im-transatlantischen-verhaeltnis-drei-viertel-der-deutschen-bewerten-beziehungen-zu-den-usa-als-schlecht-1509).

<sup>4</sup> Florian Gathmann, Ralf Neukirch: Das Ende der Transatlantiker. Spiegel Online am 3. August 2019: [www.spiegel.de/politik/deutschland/iran-konflikt-deutschland-sagt-den-usa-ab-das-ende-der-transatlantiker-a-1280069.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/iran-konflikt-deutschland-sagt-den-usa-ab-das-ende-der-transatlantiker-a-1280069.html).

<sup>5</sup> Zitiert nach: [www.stern.de/politik/ausland/umfragen-zu-amerikanisch-deutschen-beziehungen--deutsche-wollen-weniger-usa-und-mehr-russland-8466734.html](http://www.stern.de/politik/ausland/umfragen-zu-amerikanisch-deutschen-beziehungen--deutsche-wollen-weniger-usa-und-mehr-russland-8466734.html).

<sup>6</sup> Rede von George W. Bush am 31. Mai 1989 in Mainz. Die ganze Rede gibt es auf der Homepage des UTB-Verlags unter: [www.utb.de/fileadmin/user\\_upload/Material/heideking/12/12\\_partnersleadership\\_1989.htm](http://www.utb.de/fileadmin/user_upload/Material/heideking/12/12_partnersleadership_1989.htm).

das Verhältnis einen mindestens einen empfindlichen Dämpfer, wenn nicht gar eine nachhaltige Beschädigung, als 2013 bekannt wurde, dass eine Abteilung der NSA 2002 begonnen hatte, deutsche Spitzenpolitiker abzuhören. Da half es auch wenig, dass Obama im Interview im deutschen Fernsehen versprach, dass die deutsche Kanzlerin sich keine Sorgen machen müsse (weiter abgehört zu werden)<sup>7</sup>.

Kurzum: der Beziehungsstatus ist schon eine ganze Weile kompliziert und ich fühle mich wie der Partner, der nicht loslassen möchte, umgeben von gutmeinenden Ratgebern, die darauf hinweisen, dass auch andere Mütter schöne Söhne hätten. China zum Beispiel. 42,3% der Deutschen sind, um auf die Umfrage der Atlantik-Brücke zurückzukommen, mittlerweile der Meinung, dass China für Deutschland der bessere Partner sei<sup>8</sup>. Dass es sich hierbei um ein autokratisches System handelt, interessiert offenbar weniger. Und ein weiterer Partner rückt in den Fokus: Das Ende des Kalten Krieges befreite offenbar von lästigen Zwängen und so bündelt man geschichtsvergessen mit einem Ex an: Russland. Seines Zeichens unter Putin ebenfalls ein autokratisches System, was geflissentlich übersehen wird. Gerhard Schröders Zitat des „lupenreinen Demokraten“<sup>9</sup> ist das bekannteste Beispiel dieser Ignoranz.

Ich bin allerdings der Auffassung, dass sich dieser Kurs rächen wird. Die Allianz mit Amerika ist in ihrer Natur vielfältiger als ein wirtschafts- oder sicherheitspolitisches Bündnis. Es ist vielmehr auch die Verhaftung im selben Wertesystem, das auf einer freiheitlich demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlage basiert. Wer zieht diese Parallele mit dem russischen Staat? Oder mit China? Der Schutz von Minderheiten, die Freiheit der Presse und die Freiheit der Opposition und von Wahlen bleibt in Russland Wunschdenken. Wohin also orientieren, wo Bündnisse suchen? Es geht hierbei ausdrücklich nicht um blinde Gefolgschaft. Diese lehne ich ab. Es geht aber auch nicht um die Bewertung einzelner Konflikte und ihrer Risiken. Es geht um die wachsenden Herausforderungen in einer rauer werdenden Weltpolitik. Es geht darum, seine Rolle zu finden, sie anzunehmen, Verantwortung zu tragen. Und es geht darum, Risiken zu teilen und vor allem Risikovorsorge zu betreiben. Darin waren wir die letzten Jahrzehnte nicht eigenständig. Oder, wie Sigmar Gabriel sagt (und ich gebe ihm in letzter Zeit nicht oft Recht): „Wir haben lange in der bequemen Situation verharret, dass sich die Briten, Franzosen und vor allem die Amerikaner um die schwierigen Dinge in der Welt kümmern“<sup>10</sup>. Nun kann man laut nach Europa rufen. Das ist sicherlich richtig. Und das tun auch diverse Politiker. Gabriel übrigens auch<sup>11</sup>. Leider haben wir es bisher aber nicht geschafft, zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zu kommen, sie überhaupt einmal zu definieren. Ja, es tut sich etwas. Erst im Frühjahr 2019 ließen neun EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, den übrigen Mitgliedern ein Papier zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zukommen. In diesem (inoffiziellen) Dokument fordern die Staaten, so berichtet das Handelsblatt: „Wir müssen weniger Zeit damit verbringen, uns selbst zu koordinieren“. Stattdessen solle die EU mehr in den Aufbau von Partnerschaften mit anderen Akteuren der internationalen Politik investieren<sup>12</sup>. Ich teile den Appell, halte aber die Auflösung des Einstimmigkeitsprinzips, was ja letztlich die Forderung ist, für illusorisch. – Zumindest in der nächsten Zeit. Mein Bekenntnis

---

<sup>7</sup> Das Interview von Barack Obama mit Klaus Kleber gibt es hier: [www.youtube.com/watch?v=1DV70miSeRI](http://www.youtube.com/watch?v=1DV70miSeRI).

<sup>8</sup> <sup>8</sup> Atlantik-Brücke, Umfrage, S. 8.

<sup>9</sup> Schröder antwortete Reinhold Beckmann in dessen Talkshow am 23.11.04 auf die Frage „Ist Putin ein lupenreiner Demokrat?“ mit „(...) und ich bin davon überzeugt, dass er das ist“: Zitiert: [www.deutschlandfunk.de/das-recht-hat-keinen-wirklichen-platz-in-diesem-land.694.de.html?dram:article\\_id=67445](http://www.deutschlandfunk.de/das-recht-hat-keinen-wirklichen-platz-in-diesem-land.694.de.html?dram:article_id=67445).

<sup>10</sup> Sigmar Gabriel im „Transatlantic Call“ mit David Deißner: [www.atlantik-bruecke.org/es-gibt-auch-mit-praesident-trump-punkte-zur-zusammenarbeit/](http://www.atlantik-bruecke.org/es-gibt-auch-mit-praesident-trump-punkte-zur-zusammenarbeit/). Ohne Datum.

<sup>11</sup> Gathmann, Neukirch, SPON, a.a.O.

<sup>12</sup> Eva Fischer: Wie neun EU-Staaten die gemeinsame Außenpolitik stärken wollen. In: Handelsblatt 6.5.19: [www.handelsblatt.com/politik/international/europaeische-union-wie-neun-eu-staaten-die-gemeinsame-aussenpolitik-staerken-wollen/24309402.html?ticket=ST-2069455-gqM5zjCUrM3y5ltTZzeC-ap4](http://www.handelsblatt.com/politik/international/europaeische-union-wie-neun-eu-staaten-die-gemeinsame-aussenpolitik-staerken-wollen/24309402.html?ticket=ST-2069455-gqM5zjCUrM3y5ltTZzeC-ap4).

bleibt daher ein amerikanisches. Und doch immer auch ein europäisches, denn ich plädiere für eine europäische Emanzipation. Bei einem gleichzeitigen Bekenntnis zu Amerika. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe und Herstellung des Gleichgewichts der Mächte. Kurz: Eine reifere Beziehung<sup>13</sup>.

Nichts anderes formulierte übrigens bereits der von uns Sozialdemokraten noch immer am häufigsten zitierte Genosse aller Zeiten: Willy Brandt. In einem Gastbeitrag in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“<sup>14</sup> unterstrich er im April 1972 die wichtige Rolle des europäischen Aufbauwerks, sowie die Beziehungen zwischen den europäischen Gemeinschaften und den Vereinigten Staaten:

*„And I should also like to emphasize that Europe and America, which in my opinion can hardly be separated in terms of objectives, should not let each other be separated subjectively either. **They need one another as equals.** As I said at Oslo in December 1971, the heavier the burdens America has to bear the stronger will become our friendship for that great country.“<sup>15</sup>*

Und so bleibe ich treu in der Gruppe der 2,9% und lasse mir den Schmerz nicht anmerken, den US-Nato-Botschafterin Kay Bailey Hutchison mir zufügte, als sie andeutete, dass die USA zukünftig auf eine Bundesregierung ohne SPD setzten<sup>16</sup>. Trotzig sitze ich Trump aus, dessen Präsidentschaftsende ich erst in 5 Jahren sehe. Ich halte stattdessen Kontakt zu meinen Kollegen in den Vereinigten Staaten. Zu den Landespolitikern, mit denen ich über den Breitbandausbau diskutieren kann oder über Energiepolitik (und auch hier überschattet Trump die Vorstöße, die in den Bundesstaaten betrieben werden). Das ermöglicht mir eine deutsch-amerikanische, nicht-staatliche Vereinigung der Länderparlamentarier namens „Partnerschaft der Parlamente“, mit der ich in diesem Jahr in den Staaten auf einem Kongress der amerikanischen Länderparlamentarier war. Und so wird die deutsch-amerikanische Partnerschaft dann auch ganz menschlich.

---

<sup>13</sup> In diese Richtung geht auch der Aufsatz von Alina Polyakova und Benjamin Haddad: Europe alone. What comes after the transatlantic alliance. In: Foreign Affairs (4) 2019, S. 109-120. Der Titel mag etwas irreführend sein, die Autoren plädieren aber für eine ausbalancierte Partnerschaft mit zwei selbstständigen Partnern und führen an, was hierzu auf beiden Seiten nötig ist.

<sup>14</sup> Willy Brandt: Germany's „Westpolitik“. In: Foreign Affairs 3 (1972), S. 416-426. Online abrufbar unter: [www.cvce.eu/de/obj/willy\\_brandt\\_germany\\_s\\_westpolitik\\_from\\_foreign\\_affairs\\_april\\_1972-en-fd75f416-a04b-4c36-8aea-643263e08e90.html](http://www.cvce.eu/de/obj/willy_brandt_germany_s_westpolitik_from_foreign_affairs_april_1972-en-fd75f416-a04b-4c36-8aea-643263e08e90.html). Willy Brandts Beziehung zu den USA arbeitet auch [www.willy-brandt-biografie.de/politik/beziehungen-zu-den-usa/](http://www.willy-brandt-biografie.de/politik/beziehungen-zu-den-usa/) auf. Herausgeber der Seite sind die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und Die Norwegisch-Deutsche Willy Brandt-Stiftung.

<sup>15</sup> Ebd.S. 8 des Online-Dokuments.

<sup>16</sup> So kann man die Aussagen von Hutchison in Brüssel am 1.4.2019 deuten, die sich mehr deutsche Verteidigungsausgaben wünschte und öffentlich sagte, dass es bei Bundeskanzlerin Merkel und ihrem Teil der Koalition den Willen hierzu gebe. Vgl. z.B.: [www.welt.de/politik/article191180873/Streit-ueber-Verteidigungsausgaben-Nato-Botschafterin-irritiert-mit-Aeusserungen-zu-deutscher-Koalition.html](http://www.welt.de/politik/article191180873/Streit-ueber-Verteidigungsausgaben-Nato-Botschafterin-irritiert-mit-Aeusserungen-zu-deutscher-Koalition.html).